Stadt Köln

Der Oberbürgermeister

Dezernat, Dienststelle
V/57/574

Vorlagen-Nummer 18.01.2013
0101/2013

Beantwortung einer mündlichen Anfrage aus einer früheren Sitzung

öffentlicher Teil

Gremium	Datum
Ausschuss für Umwelt und Grün	24.01.2013

Sachstandsbericht über das Sofortmaßnahmenprogramm zum Klimaschutzkonzept

In der Sitzung vom 06.12.2012 bittet SB Herr Becker um eine
Darstellung des Sachstandes des Sofortmaßnahmenprogramms zum Klimaschutzkonzept.

Antwort:
Am 20.12.2011 hat der Rat das „Klimaschutzkonzept Köln – vorgezogenes Sofortmaßnahmenprogramm 2012“ zur Kenntnis genommen. Die Verwaltung wurde aufgefordert, die vorgesehen Projektbausteine im Rahmen der Ausarbeitung des Gesamtkonzeptes zu konkretisieren und, wo erforderlich, die Umsetzungsvorschläge in einer jeweils separaten Vorlage den Fachausschüssen zur abschließenden Beschlussfassung vorzulegen.

Wesentlicher Kern des Maßnahmenprogramms war die Schaffung personeller Ressourcen zur weiteren Bearbeitung der Projekte.

Mitte November wurde die Stabsstelle der Klimaschutzkoordinatorin im Dez. V besetzt. Zum 18.02.2013 wird eine wiss. Mitarbeiterin im Umwelt- und Verbraucherschutzamt im Sachgebiet „Umweltvorsorge und Klimaschutz“ die Arbeit aufnehmen. Zwei weitere Ingenieurstellen sind in diesem Sachgebiet derzeit gesperrt und daher noch nicht besetzt.

Die Abstimmung der Ausschreibungsunterlagen für die Stelle „Energiemanagement für die Kultureinrichtungen der Stadt Köln“ wurde eingeleitet (Maßnahme A5).

Bedingt durch die verzögerten Stellenbesetzungsverfahren wurden die im Sofortmaßnahmenprogramm beschlossenen Projekte nur sehr eingeschränkt begonnen. Die Einführung des Projektes SmartCity Cologne und die Fertigstellung einer, über die Aussagen der vorliegenden Grundlagengutachten hinaus gehende und stärker verwaltungseinheitlich abgestimmten, Ratsvorlage zum integrierten Klimaschutzkonzept hatten Vorrang.

Das Thema „Energie und Klimaschutz“ wird künftig stärker im Wohnungsbauforum thematisiert (Maßnahme A11).

Die Stelle des Energieberaters im Projekt „Sparnachbar“ der Verbraucherzentrale wurde erfolgreich besetzt (Maßnahme A12) und beworben. Aktuell läuft hier eine Schwerpunktaktion zur Nutzung von Thermographieaufnahmen für die energetische Sanierung der Gebäudehülle von Wohnhäusern.

Mit der verstärkten Einbindung Kölner Unternehmen in das Projekt SmartCity Cologne, z. B. im Projekt „Klimastraße“, wird die Idee, prominente Kölner Unternehmen stärker in den Klimaschutz und die Kommunikation darüber einzubinden (Maßnahme 13), bereits umgesetzt. Die Einrichtung von Organisations- und Arbeitsforen (Runder Tisch etc.) zur weiteren Beteiligung von Unternehmen im Klimaschutz in Köln ist bei der Klimaschutzkoordinatorin in Vorbereitung.

Im Handlungsfeld Verkehr, wurden zusätzliche Fahrradabstellanlagen umgesetzt (Maßnahme V1). Dies erfolgte aber nur eingeschränkt im Geschäft der laufenden Verwaltung, da die geforderten zusätzlichen Personalkapazitäten bei 66 nicht realisiert werden konnten.

Die Einführung eines Mobilitätspaketes für Neubürger wurde durch die KVB erfolgreich umgesetzt. (Maßnahme V“)

Die Beschaffung von Dienstfahrrädern für die Stadtverwaltung wurde eingeleitet. Die technischen Anforderungen wurden mit dem Fahrradbeauftragten abgestimmt. Für die ersten anfordernden Dienststellen wurden die Bedarfe und Kapazitäten ermittelt und ein Ausschreibungsverfahren ist in Vorbereitung.

Das Projekt des Diözesan-Caritasverbandes „Stromspar-Check“ wurde auf viele, über das Stadtgebiet verteilte Standorte ausgeweitet. Eines der ersten Projekte für die Klimaschutzkoordinatorin ist die nachhaltige Finanzierung und Verstetigung dieses Projektes.

Die Verbesserung der Job-Ticketangebote für den Stadtwerke-Konzern wird perspektivisch erweitert. Über das Ökoprofitprojekt wurde auch von anderen großen Akteuren in Köln (z. B. IKEA) ein Bedarf nach flacheren Modalitäten zur Erlangung des Jobticket-Status nachgefragt. Dazu finden Abstimmungsgespräche zwischen dem Sozial- und Umweltdezernat und dem KVB-Vorstand statt.

Der Beschluss zu den städtischen Dienstreisen ist obsolet, da der Bahnvorrang und der privilegierte Einsatz von Bahn Card bereits seit langem Stand der betrieblichen Praxis bei der Stadtverwaltung sind.

Gez. Reker